

B e r n d S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

DRITTER TEIL: Investition und Beschäftigung

B. VOLLBESCHÄFTIGUNG DURCH INVESTITIONEN?

Nachdem die BRD in den 50er und 60er Jahren eine längere Phase des fast ungebrochenen wirtschaftlichen Aufschwungs durchlaufen hat, in der die anfängliche Arbeitslosigkeit immer mehr abgebaut wurde und das Problem der Arbeitslosigkeit schließlich kaum mehr auf der Tagesordnung stand, brach 1966 die erste größere Wirtschaftskrise herein, der seitdem mehrere größere Krisen gefolgt sind. In den letzten Jahren ist sogar in Zeiten der Hochkonjunktur die Zahl der (registrierten) Arbeitslosen kaum mehr unter 1 Mio gesunken, und die Diskussion um die Schaffung und Vernichtung von Arbeitsplätzen hat einen immer breiteren Raum eingenommen.

Mittlerweile wird so ungefähr jede größere Investition und jede staatliche Maßnahme unter dem Gesichtspunkt diskutiert, ob durch sie zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen oder aber weitere Arbeitsplätze vernichtet werden. Das geht soweit, daß sogar der Bau von Atomkraftwerken mit dem Hinweis gerechtfertigt wird, dadurch würden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und - über die Sicherung der Energieversorgung und des Wirtschaftswachstums - langfristig Arbeitsplätze erhalten. Der Einfluß von Investitionen auf die Beschäftigung ist in der Diskussion um die Ablehnung oder Rechtfertigung bestimmter Projekte zu einem entscheidenden Maßstab geworden, und wir werden im Fernsehen und in den Zeitungen tagtäglich mit entsprechenden Äußerungen konfrontiert, denen man nur allzu leicht recht hilflos gegenüber steht.

I. "Gewinne von Heute sind Investitionen von Morgen und Arbeitsplätze von übermorgen"

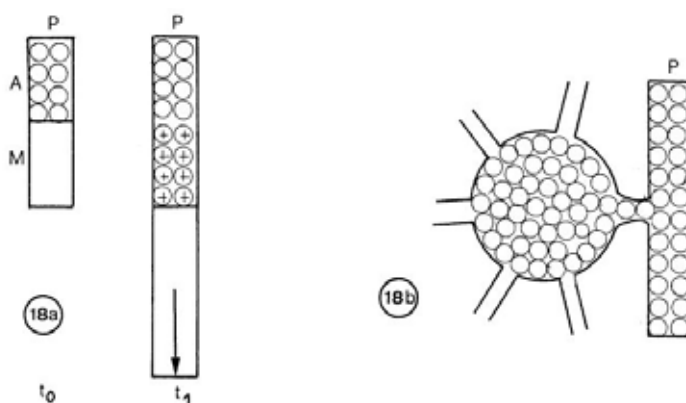
Bundeskanzler Schmidt hat vor Jahren die in dieser Diskussion vorherrschende Denkweise auf einen einfachen Nenner gebracht: "Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen." Es ist klar, was aus einer solchen Einschätzung abgeleitet wird. Zur langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze müssen die Investitionen erhöht werden und als Voraussetzung dafür die Gewinne der Unternehmen, so z.B. über Senkung der Unternehmensbesteuerung oder über Zurückhaltung in den Lohnforderungen usw. Demgegenüber hören wir von anderer Seite, daß die Investitionen der Unternehmen keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen, sondern umgekehrt Arbeitsplätze vernichten und die Arbeitslosigkeit vergrößern.

Welcher der beiden Standpunkte ist nun richtig? Oder gilt vielleicht der eine Standpunkt nur unter bestimmten Bedingungen, während unter anderen Bedingungen der andere richtig ist? Dies im einzelnen herauszuarbeiten, d.h. den Zusammenhang zwischen Investition und Beschäftigung sowohl innerhalb eines Unternehmens (einzelwirtschaftlich) als auch für die gesamte Volkswirtschaft zu diskutieren, soll Gegenstand der folgenden Überlegungen sein.

Von Investitionen spricht man ja dann, wenn Unternehmen zusätzliche Produktionsmittel anschaffen, sei es in Form von Maschinen und Materialien oder von Grundstücken und Gebäuden usw., wobei diese Investitionen entweder direkt aus früheren Gewinnen oder über Kredite oder über die Ausgabe von Aktien usw. finanziert werden können. Die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten sollen uns an dieser Stelle nicht weiter interessieren. Bei aller Unterschiedlichkeit im einzelnen hängen sie im übrigen alle davon ab, ob mit den Investitionen des Unternehmen langfristige Gewinnerwartungen verbunden sind. Nur wenn das der Fall ist, werden sich entsprechende Finanzierungsmittel locker machen lassen, und die Gewinnerwartungen hängen in den meisten Fällen nicht zuletzt mit den bisherigen Erfolgen des Unternehmens, d.h. den (offenen oder versteckten) Gewinnen der Vergangenheit zusammen. Insofern bleibt der Gewinn nach wie vor die zentrale Orientierungsgröße und Voraussetzung für die Durchführung und die Finanzierung von Investitionen. Der Satz "Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen", scheint da mit völlig plausibel. Gehen wir für die folgenden Überlegungen einmal davon aus, daß die entstandenen Gewinne dieser Unternehmen tatsächlich investiert werden. Welcher Zusammenhang besteht dann zwischen Investitionen und Beschäftigung?

II. Erweiterungsinvestitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen

Die Auswirkung von Investitionen auf die Beschäftigung hängt sicherlich davon ab, ob es sich um Erweiterungsinvestitionen handelt oder um Rationalisierungsinvestitionen. Bei der Erweiterungsinvestition werden die Produktionsanlagen unter Beibehaltung der bisherigen Technik, d.h. auch unter Beibehaltung eines bestimmten Verhältnisses zwischen Produktionsmitteln einerseits und Arbeitskraft andererseits, einfach nur aus geweitet. Z.B. wird neben einer Fabrikhalle, in der eine bestimmte Anzahl von Arbeitern an einer bestimmten Anzahl von Maschinen tätig ist, eine zweite Fabrikhalle mit den gleichen Bedingungen errichtet. Abb. 18a stellt einen solchen Fall dar: Über Investitionen werden die Produktionskapazitäten so ausgeweitet, daß sich die Kosten für Material und Maschinen und ebenso die Zahl der Arbeiter (symbolisiert durch die Kreise) verdoppelt.)



III. Die Quellen des Arbeitskräftereservoirs

Niemand wird unter solchen Bedingungen bestreiten, daß die Investition zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze geführt hat. Wenn alle Unternehmen einer Volkswirtschaft in dieser Weise investieren, muß man sich allerdings fragen, wo überhaupt die zusätzlichen Arbeitskräfte herkommen können. Eine mögliche Quelle (Abb. 18b) ist z.B. das Bevölkerungswachstum. Um eine wachsende Arbeitsbevölkerung zu beschäftigen, müßten demnach - bei gleichbleibender Produktionstechnik, d.h. bei unverändertem Verhältnis zwischen A und M - die Produktionskapazitäten entsprechend der Wachstumsrate der Bevölkerung anwachsen. Probleme können sich z.B. dann ergeben, wenn die Bevölkerungsentwicklung besondere Schwankungen unterliegt (z.B. Schwankungen zwischen geburtenstarken und geburtenschwachen Jahrgängen).

Nun haben sich im Zuge der Industrialisierung die Produktionskapazitäten allerdings viel stürmischer entwickelt als das Bevölkerungswachstum. Das war z.B. dadurch möglich, daß die Zahl der Lohnabhängigen viel schneller anwuchs als die Bevölkerung, und zwar im Zuge der Umwandlung von Bauern und Handwerkern in Lohnarbeiter. Für die Manufakturen und Fabriken gab es in den Anfängen des Kapitalismus insofern ein fast unerschöpfliches Reservoir an Arbeitskräften, die durch die geschilderten ökonomischen und gesellschaftlichen Umwälzungen auf den Arbeitsmarkt gespült wurden. Je weiter dieser Prozeß der Entwurzelung allerdings schon fortgeschritten ist, um so weniger kann er zur Quelle zusätzlicher Lohnarbeit werden. Eine weitere Quelle ist z.B. die Einbeziehung von Frauen, die bisher im Haushalt tätig waren, in die Lohnarbeit.

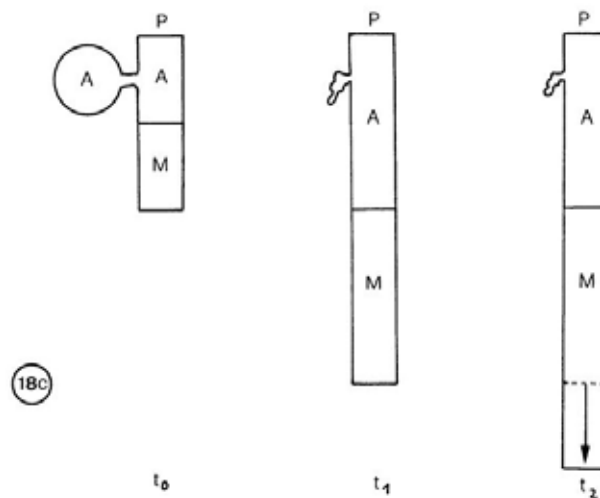
In der Entwicklung der BRD kamen zusätzlich zu diesen Faktoren eine Reihe weiterer Faktoren hinzu, die mit der besonderen historischen Situation zusammenhängen. Zum einen gab es in den Anfängen der BRD als Folge der Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen eine hohe Arbeitslosigkeit. So kamen z.B. zu den Kriegsheimkehrern noch große Flüchtlingsströme hinzu. Später, nach Erschöpfung dieser und der vorhin erwähnten Quellen wurde der zusätzliche Arbeitskräftebedarf durch Millionen von Gastarbeitern gedeckt. Die Ausdehnung der Produktionskapazitäten konnte sich deshalb ohne große technische Veränderungen im wesentlichen in Form von Erweiterungsinvestitionen vollziehen.

IV. Erschöpfung des Arbeitskräftereservoirs und Rationalisierung

Ein solches sogenanntes extensives Wachstum stößt aber in dem Maß auf Grenzen, wie sich die Quellen zusätzlicher Arbeitskräfte erschöpfen (t_1 in Abb. 18c). Bei ausgeschöpften Arbeitskraftreserven ist ein weiteres Wirtschaftswachstum nur noch dann möglich, wenn das quantitative Verhältnis zwischen Arbeitskräften und Produktionsmitteln verändert wird, wenn also Produktionsverfahren eingeführt werden, bei denen relativ weniger Arbeitskräfte erforderlich sind (Rationalisierungsinvestitionen). Anders ausgedrückt: Bei denen der Anteil der Produktionsmittel (Material und Maschinen M) gegenüber den Arbeitskräften A erhöht wird (Zeitpunkt t_2 in Abb. 18c) bzw. Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzt werden. Findet das Wirtschaftswachstum auf der Grundlage von Rationalisierungsinvestitionen, d.h. veränderter und arbeitssparender Technologie statt, so sprechen die Ökonomen von einem "intensiven Wachstum".

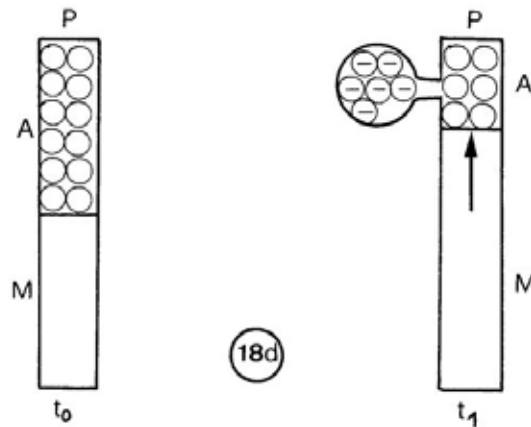
V. Rationalisierungsinvestitionen: Wirtschaftswachstum Oder Arbeitslosigkeit?

Rationalisierungsinvestitionen scheinen also die Voraussetzung für ein weiteres Wirtschaftswachstum zu sein, nachdem das Arbeitskrätereservoir einer Volkswirtschaft ausgeschöpft ist. Sie müßten demnach eigentlich im Interesse aller liegen. Auf der anderen Seite ist in den letzten Jahren - insbesondere auch von Seiten einiger Gewerkschaften – immer wieder zu hören, daß durch Rationalisierungsinvestitionen Arbeitsplätze vernichtet werden. Was hat es nun mit dem Für und Wider von Rationalisierungsinvestitionen im einzelnen auf sich? Wir wollen uns im folgenden an Hand einiger Modellüberlegungen zu dieser Frage eine Meinung bilden.



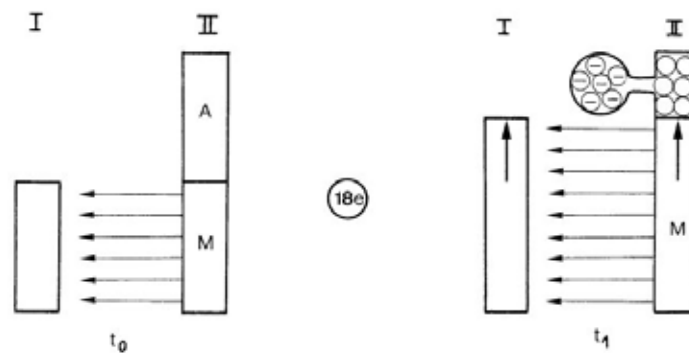
1. Rationalisierung und Vernichtung von Arbeitsplätzen

Gehen wir zunächst von einem einzelnen Unternehmen aus, dessen Produktionskosten sich in der Ausgangssituation t_0 zur Hälfte aus Arbeitskosten (A) und zur Hälfte aus Material- und Maschinenkosten (M) zusammensetzen (Abb. 18d). Bei den gegebenen Produktionsverfahren werden nun im Zeitpunkt t_1 6 Arbeiter durch Maschinen ersetzt. Wenn sich im Unternehmen nicht an anderer Stelle neue Arbeitsmöglichkeiten auftun, verlieren diese 6 Arbeiter ihre Arbeitsplätze. Wie kann man unter solchen Umständen davon reden, daß Investitionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen? Ist es nicht offensichtlich, daß Rationalisierungsinvestitionen genau den gegenteiligen Effekt vorbringen? Ist es nicht grobe Verdrummung, wenn gesagt wird, daß Investitionen von morgen die Arbeitsplätze von übermorgen sind?



2. Investitionsnachfrage und Schaffung neuer Arbeitsplätze

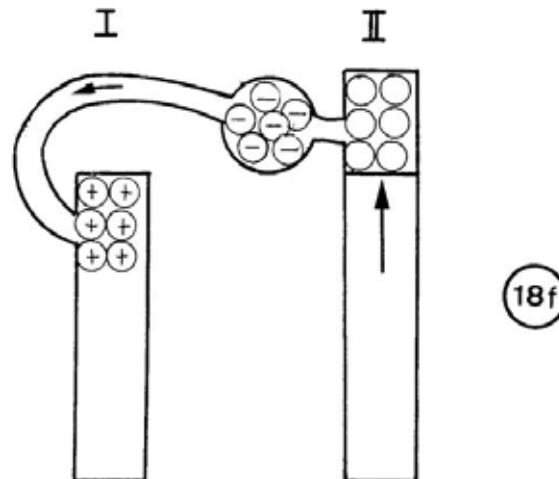
Auf den ersten Blick scheint diese Behauptung wirklich absolut absurd, mindestens was zur Rationalisierungsinvestition anlangt. Aber auf den zweiten Blick fällt uns ein, daß ja die vom Unternehmen gekauften zusätzlichen Produktionsmittel irgendwo anders hergestellt werden müssen (im Produktionsmittelsektor), daß also dort zusätzliche Nachfrage und damit zusätzliche Arbeitsplätze entstanden sind (t_1 in Abb.18e). Wenn wir diesen Beschäftigungseffekt mitberücksichtigen, der durch die Nachfrage nach zusätzlichen Investitionsgütern im Produktionsmittelsektor entsteht (und zwar auch im Falle von Rationalisierungsinvestitionen!), muß es unter Umständen gesamtwirtschaftlich betrachtet nicht zur Arbeitslosigkeit kommen, selbst wenn in einzelnen Unternehmen (z.B. der Konsumgüterindustrie II) Arbeitsplätze vernichtet werden. Unter Umständen ist die Zahl der im Produktionsmittelsektor neu entstehenden Arbeitsplätze genau so groß oder sogar größer als die Zahl der vernichteten Arbeitsplätze.



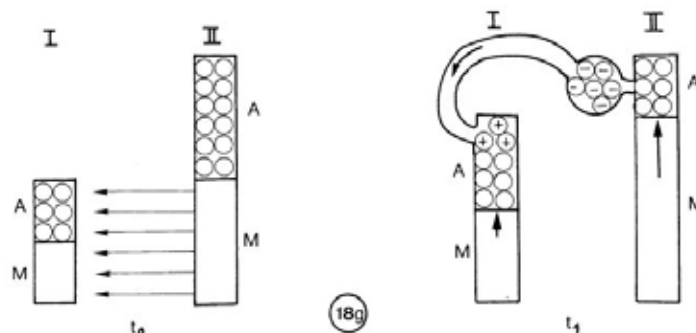
3. Gleichgewicht zwischen Schaffung und Vernichtung von Arbeitsplätzen'

Bei der Untersuchung des Beschäftigungseffekts von Investitionen müssen wir also unterscheiden zwischen denjenigen Unternehmen, in denen die Investitionen getätigt und die neuen Produktionsmittel eingesetzt werden, und den anderen Unternehmen, bei denen diese Produktionsmittel gekauft, d.h. bei denen Investitionsgüter produziert und nachgefragt werden. Nach unseren bisherigen Überlegungen führen Rationalisierungsinvestitionen bei dem

ersten Unternehmen zur Arbeitsplatzvernichtung, während bei dem zweiten Unternehmen eben diese Investitionen zu zusätzlichen Aufträgen und damit zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze beitragen. Worum es bei der gesamtwirtschaftlichen Beurteilung der Beschäftigungswirkungen von Investitionen geht, ist zunächst einmal die Frage ob der Effekt der Arbeitsplatzvernichtung in dem einen Bereich der Volkswirtschaft (II) ausgeglichen wird durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in anderen Bereichen der Volkswirtschaft (I).



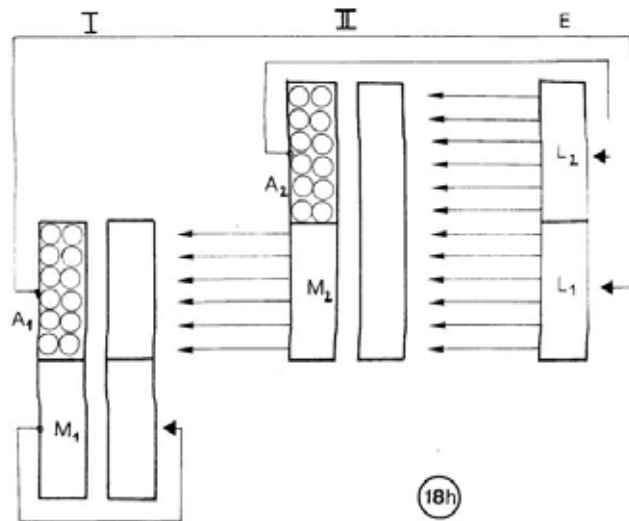
In Abb. 18f ist ein solcher Fall angenommen. Es sieht zunächst so aus, als müsse die Ausdehnung der Produktion in I immer gleich groß sein wie die zusätzlichen Material- und Maschinenkosten in II und als müßten insoweit auch die zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze in I zahlenmäßig genauso groß sein wie die vernichteten Arbeitsplätze in II.



4. Die Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Kreislaufzusammenhänge

Wir sehen, daß wir zur Diskussion der Beschäftigungswirkungen von Investitionen nicht darum herumkommen, auf unsere früher abgeleiteten gesamtwirtschaftlichen Kreislaufzusammenhänge zurückzugreifen. In Abbildung 18h ist ein Modell zugrunde gelegt, in dem die Kreislaufzusammenhänge zwischen Produktionsmittelsektor I, Konsumtionsmittel Sektor II und Einkommen berücksichtigt sind (wobei der Einfachheit halber die Gewinneinkommen zunächst vernachlässigt werden). Aus dem angenommenen Verhältnis

zwischen Arbeitskräften und Produktionsmitteln ($A : M = 1 : 1$) ergeben sich in diesen Fall zufällig die gleichen Produktionskosten für I und II.



Erhöhen sich nun im Zuge der Rationalisierungsinvestitionen in Sektor II die eingesetzten Produktionsmittel M_2 und damit auch die Nachfrage nach Produktionsmitteln in Sektor I, so kann bei unveränderter Technologie (gleichbleibendes A zu M) in Sektor I diese zusätzliche Nachfrage nur befriedigt werden durch eine doppelt so große Kapazitätsausweitung. (Es muß eben nicht nur die zusätzliche Nachfrage aus Sektor II bedient werden, sondern auch die dadurch indirekt entstehende Nachfrage der Produktionsmittelunternehmen nach Produktionsmitteln.)

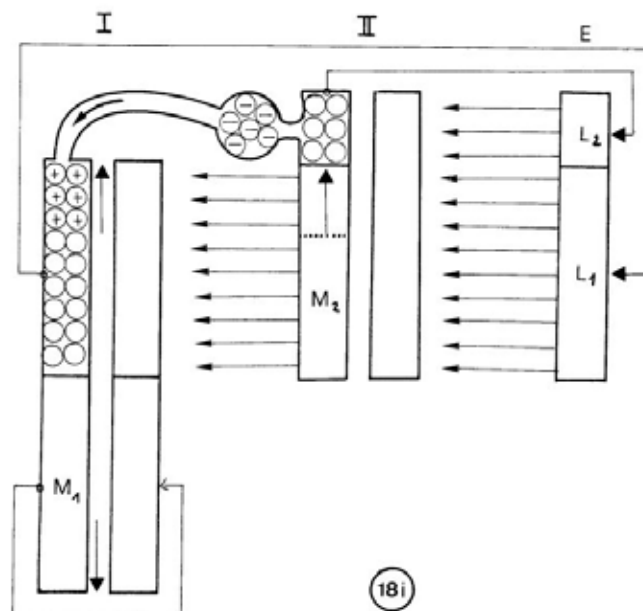


Abbildung 18i berücksichtigt diese zusätzliche indirekte Nachfrage im Produktionsmittelbereich. In unserem Modell führt das zu dem Ergebnis, daß nun doch - aufgrund der direkten

und indirekten Nachfrageeffekte - aus der zusätzlichen Investitionsnachfrage des Sektors I im Produktionsmittelsektor 6 neue Arbeitsplätze entstehen. Alle im Zuge der Rationalisierung in Sektor II freigesetzten Arbeitskräfte scheinen auf diese Weise Beschäftigung in Sektor I zu finden.

Wenn die einen davon reden, daß durch Rationalisierungsinvestitionen Arbeitsplätze vernichtet werden, und die anderen behaupten, durch derartige Investitionen würden Arbeitsplätze geschaffen, scheinen sich erst einmal beide Meinungen unvereinbar gegenüber zu stehen. Tatsächlich aber können beide Aussagen gleichzeitig richtig sein, wie wir an unserem Modell sehen. Die erste Behauptung ist richtig, wenn sie sich ausschließlich auf Sektor II bezieht, wo die Rationalisierung durchgeführt wird. Die zweite Behauptung ist richtig, wenn sie sich ausschließlich bezieht auf Sektor I, wo aufgrund der Rationalisierungen des Sektors II zusätzliche Nachfrage nach Produktionsmitteln entsteht. Solange allerdings keine Einigkeit darüber erzielt wird, auf welchen Bereich sich die Aussage beziehen soll, wird man immer wieder aneinander vorbeireden können.

Was für unsere Diskussion zunächst einmal im Vordergrund stehen soll, sind die quantitativen gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungswirkungen, d.h. die Summe aus Arbeitsplatzvernichtung in einigen Bereichen und Schaffungen von Arbeitsplätzen in anderen Bereichen. Und unter diesem Gesichtspunkt bleibt in unserem Modell - auch bei Rationalisierungsinvestitionen - der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsstand unverändert, weil sich beide Effekte gerade ausgleichen.

5. Strukturelle (mobilitätsbedingte) Arbeitslosigkeit

Wo dennoch die Probleme liegen können, haben wir schon an früherer Stelle im Zusammenhang mit der qualifikationsmäßigen und regionalen Mobilität diskutiert. Die bloß mengenmäßige Übereinstimmung von Arbeitsplatzvernichtung und Schaffung neuer Arbeitsplätze sagt selbstverständlich überhaupt nichts darüber aus, ob bzw. unter welchen Bedingungen für die Betroffenen die Wiederbeschäftigung tatsächlich gelingt. Wir wollen an dieser Stelle die ganze Diskussion um die Probleme der Mobilität und die für die Lohnabhängigen damit verbundenen Härten nicht wiederholen, sondern lediglich daran erinnern. Wenn wir hier nur die quantitativen gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungswirkungen diskutieren, dann nicht deshalb, weil wir die qualitativen mobilitätsmäßigen Gesichtspunkte für unwesentlich halten; sondern vielmehr, weil auch die größtmögliche Mobilität der Arbeitskraft oder die besten staatlichen Beihilfen zur Förderung von Mobilität nichts nützen können, wenn rein mengenmäßig nicht genügend neue Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Deshalb ist es wichtig, über die Probleme der Mobilität hinaus die Frage zu klären, ob bzw. unter welchen Bedingungen gesamtwirtschaftlich die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit dem Tempo der Arbeitsplatzvernichtung Schritt halten kann, ob also unter dem Gesichtspunkt der Beschäftigung Rationalisierungsinvestitionen zu befürworten und evtl. auch staatlich zu fördern sind oder nicht. Nach unseren bisherigen Ableitungen scheinen die Rationalisierungsinvestitionen an der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungssituation nichts zu ändern.

Hätte man dann aber - unter Beschäftigungsgesichtspunkten - nicht ganz auf sie verzichten können? Und wären den Arbeitskräften dann nicht die ganzen Probleme des Arbeitsplatzwechsels erspart geblieben und die ganzen damit verbundenen Probleme, etwa

der Entwertung erworbener Qualifikation, der notwendig werdenden Umschulung, der lohnmäßigen Herabstufung, des Ortswechsels und des Herausgerissenwerdens aus gewohnten sozialen Zusammenhängen usw.? Ist es so gesehen nicht voll verständlich, daß sich die Arbeiter und Angestellten in den Unternehmen sträuben, wenn sie im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen ihre Arbeitsplätze verlieren sollen, wenn teilweise ganze Betriebe stillgelegt werden? Was sollen überhaupt die Rationalisierungen, wenn sie gesamtwirtschaftlich die Beschäftigung nicht verändern, aber dafür den betroffenen Arbeitern die Last des mindestens vorübergehenden Arbeitsplatzverlustes und des Arbeitsplatzwechsels aufbürden?

6. Rationalisierung und Produktivität

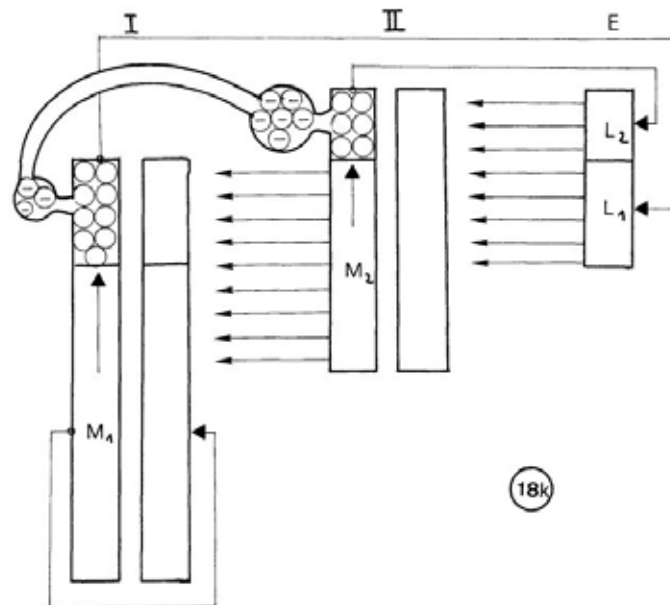
Die Argumente der Unternehmen laufen immer wieder darauf hinaus, daß sie sich ohne Durchführung von Rationalisierungsinvestitionen langfristig nicht mehr am Markt halten können, daß es ihnen nur über Rationalisierungen möglich sei, die Kosten zu senken und auch weiterhin konkurrenzfähig zu bleiben. Ohne solche Investitionen würde langfristig der Konkurs drohen, und dann seien die Arbeitsplätze noch viel mehr gefährdet. Und im übrigen würden die Rationalisierungen dazu beitragen, über neue Produktionsverfahren kostengünstiger zu produzieren und damit auch billiger anbieten zu können, was nicht zuletzt auch den Arbeitern in ihrer Eigenschaft als Konsumenten zugute käme: Wenn nämlich viele Unternehmen rationalisieren und damit den technischen Fortschritt vorantreiben, kann mit den entstehenden Löhnen immer mehr gekauft werden, steigt die gesamtwirtschaftliche Produktivität und der allgemeine Wohlstand. (Die Diskussion um die Fragwürdigkeit einer bloß quantitativen Produktivitätsorientierung und um die Problematik eines nur am Konsum orientierten "Wohlstandes" soll an dieser Stelle nicht wieder aufgerollt werden. Worum es in diesem Zusammenhang gehen soll, ist die Stichhaltigkeit der Argumentation in Bezug auf den Zusammenhang zwischen Investition und Beschäftigung.)

Steht also bei den Rationalisierungen das Allgemeininteresse gegen das spezielle Interesse der von den Entlassungen bedrohten Arbeiter; Schaden die Arbeiter (bzw. die entsprechenden Gewerkschaften), die sich gegen Rationalisierungsinvestitionen in ihren Betrieben sträuben, demnach dem Gesamtinteresse aller Arbeiter? Werden sie sozusagen zum Bremsklotz gegen die Durchsetzung des technischen Fortschritts? Bis jetzt muß es tatsächlich den Anschein haben, aber nur deshalb, weil wir in unserem Modell ganz spezielle Annahmen zugrunde gelegt haben, bei denen allerdings nichts dafür spricht, daß sie in der Realität tatsächlich immer in dieser Weise zutreffen. Wir wollen deshalb im folgenden die Annahmen unseres Modells verändern und untersuchen, welche Veränderungen sich daraus bezüglich des Zusammenhangs zwischen Investition und Beschäftigung ergeben.

7. Arbeitsplatzvernichtung überholt die Schaffung neuer Arbeitsplätze

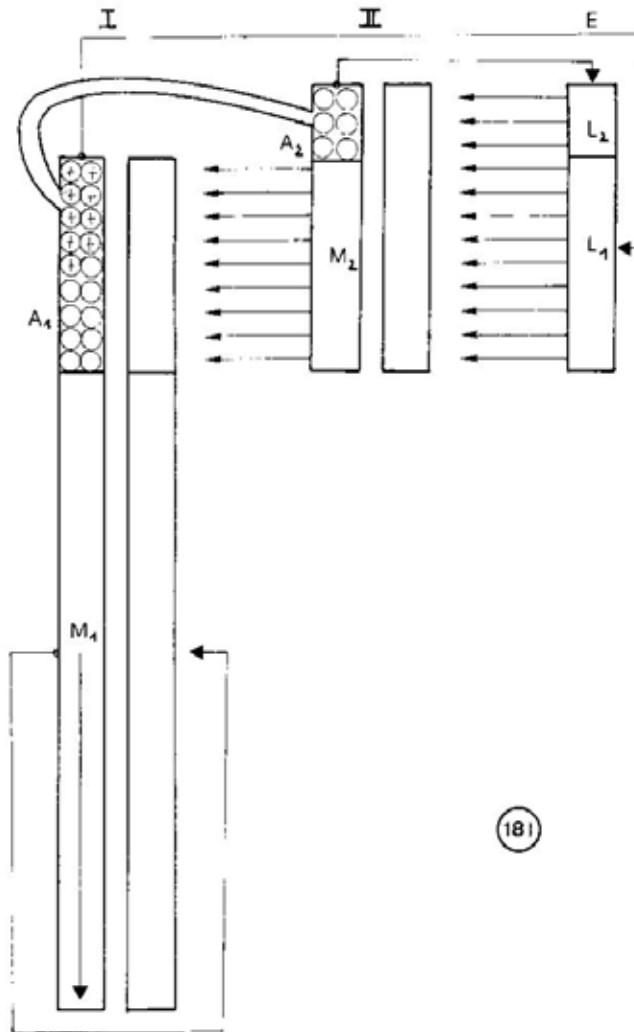
Wir hatten vorhin z. B. angenommen, daß zwar in Sektor II Rationalisierungsinvestitionen vorgenommen werden und sich entsprechend das Verhältnis zwischen Arbeitskräften und Maschinen ($A : M$) verändert, daß aber in Sektor I dieses Verhältnis und damit die angewendete Technologie unverändert bleibt. Eine solche Annahme ist natürlich in höchstem Maße unrealistisch und kann allenfalls als erster modellhafter Schritt verstanden werden, um sich dem Problem der Beschäftigungswirkungen anzunähern.

In einem zweiten Schritt müssen wir auch für den Produktionsmittelsektor annehmen, daß dort ebenfalls Rationalisierungsinvestitionen stattfinden. Unterstellen wir, daß auch die Produktionsmittelindustrie - ausgehend vom bisherigen Verhältnis $A : M = 1 : 1$ - Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzt (Abbildung 18k) und sich dadurch wie in Sektor II ein Verhältnis $A : M = 1 : 3$ herausbildet.



Unter diesen Bedingungen würden in Sektor I von den 18 Arbeitsplätzen in Abbildung 18i 9 Arbeitsplätze vernichtet werden, d.h. Sektor I wäre nicht nur nicht in der Lage, die 6 entlassenen Arbeiter von Sektor II aufzunehmen, sondern würde darüber hinaus noch 3 weitere Arbeiter entlassen (Abbildung 18k). Die gesamtwirtschaftliche Folge der Rationalisierungen in beiden Bereichen wäre eine Arbeitslosigkeit mit entsprechenden Rückgängen in den Gesamteinkommen und in der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Daran wird deutlich, daß der Vernichtung von Arbeitsplätzen in einem Bereich nicht automatisch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in anderen Bereichen in gleicher Höhe gegenüber stehen muß. Vielmehr kann sich die Vernichtung von Arbeitsplätzen entweder auf alle Bereiche der Volkswirtschaft erstrecken (wie in diesem Modell), oder aber die zusätzlichen Beschäftigungseffekte in einigen Bereichen reichen nicht aus, um die Entlassung von Arbeitskräften aus anderen Bereichen aufzufangen.

Allein diese Erkenntnis reicht aus, um den Rationalisierungsinvestitionen im Hinblick auf deren Beschäftigungseffekt auch gesamtwirtschaftlich kritisch gegenüber zu stehen. Eines können wir aufgrund dieser Überlegungen mit Sicherheit sagen: Die These, daß "die Investitionen von morgen die Arbeitsplätze von übermorgen sind, ist bezogen auf Rationalisierungsinvestitionen in dieser Allgemeinheit unhaltbar. Wir können dieser These als Ergebnis unserer Ableitungen gegenüber stellen: Rationalisierungsinvestitionen führen gesamtwirtschaftlich zu Arbeitslosigkeit, wenn die dadurch verursachte Vernichtung von Arbeitsplätzen nicht durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze ausgeglichen wird. Ein Automatismus für einen solchen Ausgleich ist nicht gegeben.



8. Beschleunigtes Wirtschaftswachstum als Ausweg?

In unserem Modell scheint die Schaffung neuer Arbeitsplätze freilich dadurch möglich, daß entweder Sektor I seine Produktion noch stärker ausdehnt, als in Abbildung 18k dargestellt (was im übrigen schon deswegen notwendig erscheint, damit neben der Eigennachfrage nach Produktionsmitteln (M_1) auch noch die Nachfrage des Sektors II in Höhe von M_2 bedient werden kann). Abbildung 181 stellt diese Möglichkeit dar. Es zeigt sich, daß unter den zugrunde gelegten Bedingungen ein enormes Wachstum des Sektors I notwendig wäre, damit die durch Rationalisierung verursachte Arbeitsplatzvernichtung beider Sektoren aufgefangen werden kann.

Je stürmischer also der durch Rationalisierung bedingte Effekt der Arbeitsplatzvernichtung ist, umso stürmischer müsste das Wachstum der Produktion sein, um diesen Effekt durch Schaffung neuer Arbeitsplätze quantitativ aufzufangen. Woher soll aber das Wachstum der Produktion und also der Produktionskapazitäten herkommen? Auf dem Papier macht es sich sehr leicht, den Sektor I einfach größer zu zeichnen. Aber die Mittel für dessen Expansion müssen irgendwo herkommen, d.h. die entsprechenden Investitionen müssen finanziert

werden können. Und genau diese Frage haben wir bisher ausgeklammert, zunächst der Einfachheit halber, aber wir können sie an dieser Stelle unmöglich noch weiter zurückstellen.

9. Finanzierungsmäßige Grenzen des Wirtschaftswachstums

Wenn wir berücksichtigen, daß die Finanzierung der Investitionen direkt oder indirekt von den Gewinnen der Unternehmen abhängt, muß gesamtwirtschaftlich erst einmal eine ständig wachsende Summe von Gewinnen (bzw. Spargeldern) zur Verfügung stehen, um die Produktionskapazitäten durch Investitionen immer weiter auszudehnen. Sobald aber daß für die Erhaltung der Vollbeschäftigung notwendige Wirtschaftswachstum größer ist als die zu seiner Finanzierung bereitstehenden Mittel, muß es zum Durchbruch von Arbeitslosigkeit kommen. Und das nicht etwa deswegen, weil die einzelnen Unternehmen in Schwierigkeiten geraten sind und vor der Pleite stehen, sondern mitten in einer Hochkonjunktur, wo die Unternehmen mit ihren Rationalisierungsinvestitionen hohe Gewinne machen können. Es entsteht das scheinbar so widersprüchliche Phänomen, daß mitten in der Hochkonjunktur eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht, eine Erscheinung, die in den letzten Jahren die Wirtschaft der BRD immer mehr geprägt hat und vor der die traditionelle Wirtschaftstheorie relativ ratlos steht.

10. Lohnzurückhaltung als Voraussetzung für Vollbeschäftigung?

Ist es angesichts einer solchen Situation nicht konsequent, daß die Unternehmen und die Sachverständigen der Bundesregierung gegenüber den Gewerkschaften eine Zurückhaltung in den Löhnen fordern? Könnten nicht auf diese Weise die Gewinne der Unternehmen angehoben werden und dadurch auch die zur Finanzierung des Wirtschaftswachstums notwendigen Mittel? Und könnte nicht dadurch das für die Herstellung der Vollbeschäftigung notwendige Wirtschaftswachstum sichergestellt werden? Bei gleichzeitiger Wahrung der produktivitätsmäßigen Vorteile von Rationalisierungen? Oft sind ja derartige Forderungen in den letzten Jahren zu hören gewesen, und so gesehen scheinen es tatsächlich die hohen Lohnforderungen der Gewerkschaften zu sein, die die ganze Arbeitslosigkeit verursachen: Nicht nur in dem sie die Unternehmen zwecks Einsparung von Lohnkosten zur Rationalisierungen zwingen, sondern auch dadurch, daß sie durch Schmälerung der Gewinne die Finanzierung des zur Vollbeschäftigung notwendigen Wirtschaftswachstums verhindern. Wir wollen uns im folgenden auch mit dieser Argumentationskette grob auseinandersetzen.

In ihr wird unterstellt, daß die Rationalisierungen der Unternehmen eine Folge zu hoher Lohnkosten seien. Das bedeutet auch, daß es bei zurückhaltenden Lohnforderungen nicht zu entsprechenden Rationalisierungen kommen würde. Wenn man sich allerdings die seit einigen Jahren in der BRD laufende Rationalisierungswelle vor Augen hält, wird man feststellen, daß es sich dabei in erster Linie um Rationalisierungen aufgrund enormer technischer Umwälzungen handelt insbesondere im Bereich der Computertechnik. Die technologischen Veränderungen in diesen Bereichen haben sich in den letzten Jahren derart stürmisch entwickelt, daß die Herstellungskosten von Computern enorm gesunken sind. Gleichzeitig haben sich die Möglichkeiten der Anwendung von Computern auf immer mehr Bereiche ausgeweitet und sind immer differenzierter geworden. (Siehe hierzu im einzelnen: Brödner/Krüger/Senf: Automatisierung der "Kopfarbeit", Ursachen, Bedingungen und Folgen der automatischen Datenverarbeitung, FHW-Forschung 3, Berlin 1979).

Der Einsatz von elektronischer Datenverarbeitung schafft für die Unternehmen in immer mehr Bereichen die Möglichkeit, Arbeitskräfte durch Computer zu ersetzen. Die Kosten für die immer billiger werdenden Computer stehen dabei in keinem Verhältnis mehr zu den dadurch möglichen Einsparungen an Lohnkosten. Daran würde sich auch dann nicht viel ändern, wenn die Lohnkosten um 10 oder 20 niedriger wären. Diese Größenordnungen spielen für die Entscheidung über den Einsatz von Computern praktisch keine Rolle. Lohnbeschränkungen würden selbstverständlich die Gewinne der Unternehmen um ein weiteres erhöhen; die Rationalisierungswelle und die damit einhergehende Vernichtung von Arbeitsplätzen könnte dadurch aber kaum aufgehalten werden und angesichts des Tempos der technologischen Veränderungen im Bereich des Computerbaus erscheint es auch illusorisch, daß durch Lohnzurückhaltung steigende Gewinne ein Wachstumstempo garantieren könnten, in dem die Arbeitsplatzvernichtung durch Schaffung neuer Arbeitsplätze aufgefangen würde. Zumal nicht einmal sicher ist, ob die entstandenen Gewinne tatsächlich auch wieder im Inland investiert werden.

VI. Gewinne von heute sind nicht immer Investitionen von morgen

Wir hatten den Satz "Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen" am Anfang stillschweigend als richtig unterstellt, aber schon hier hätte unsere Kritik ansetzen können. Gewinne können ebensogut gehortet werden, z. B. aus spekulativen Gründen, weil sich momentan keine lohnende Kapitalanlagemöglichkeit findet. Daß es riesige Summen solcher spekulativen, nicht in Produktionsanlagen gebundenen Gelder gibt, zeigte es sich in den letzten Jahren immer wieder aus Anlaß von Währungskrisen, wo mit diesen Geldern Währungsspekulationen in Milliardenhöhe betrieben wurden. Gewinne, die im Inland keine profitable Anlage mehr finden, können aber auch als Kapitalexport ins Ausland abwandern, z. B. in Billiglohnländer - eine Tendenz, die sich in der BRD seit einigen Jahren immer stärker abzeichnet. Gewinne von heute, sind also nicht notwendig Investitionen von morgen. Und insoweit sie tatsächlich investiert werden, tragen sie - wie wir gesehen haben - nicht automatisch zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei, sondern im Zuge der stürmischen Rationalisierungswelle zu deren Vernichtung.